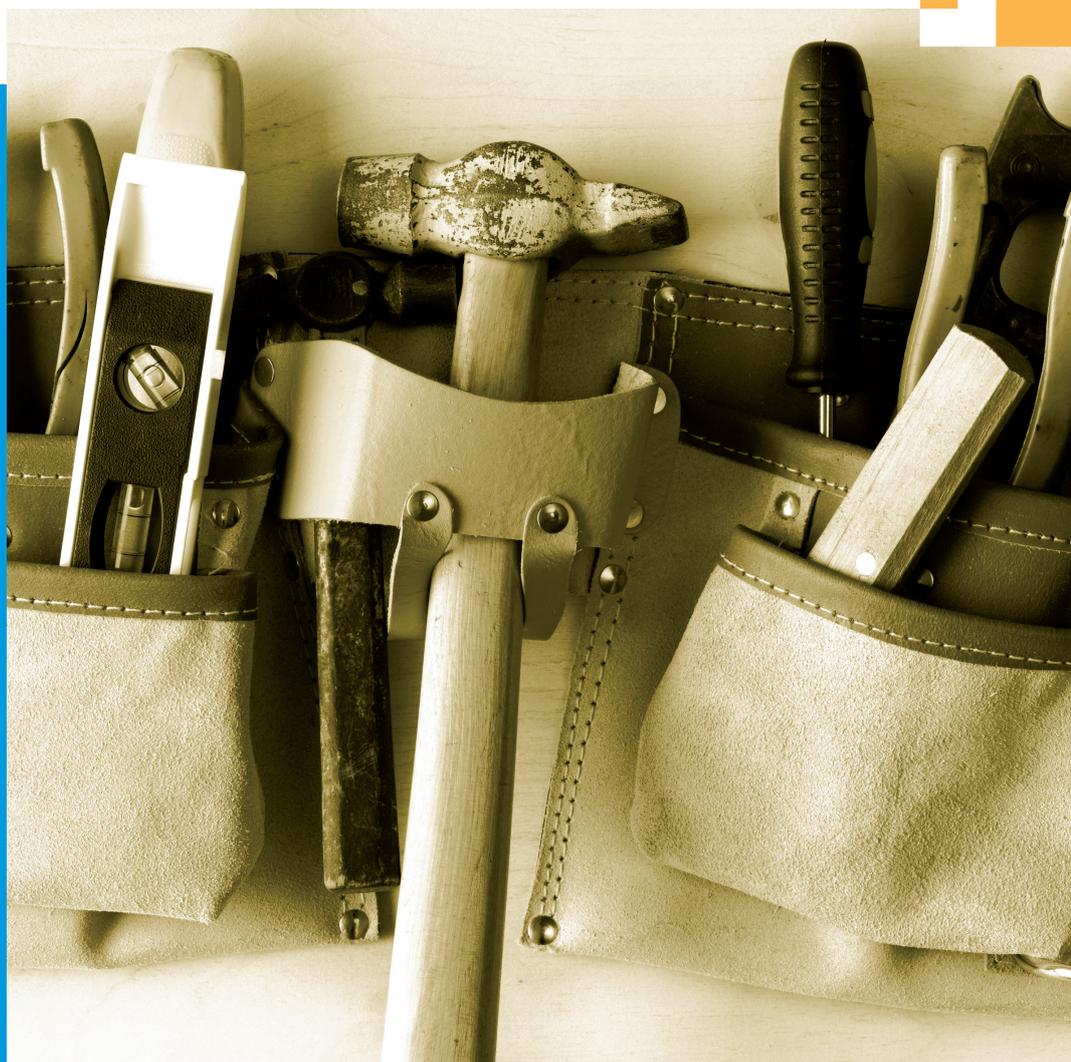


Magazin für das Programm „Lernen vor Ort“

vor Ort

Extra

November 2011



Beispiele

Datengrundlage
für das Übergangs-
management

Werkstattbericht Übergangsmanagement im Kontext des Bildungsmonitorings

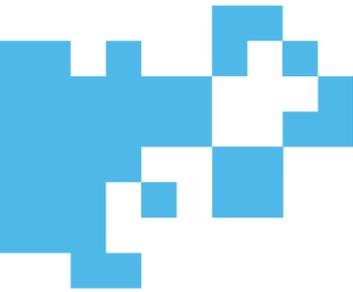
www.lernen-vor-ort.info



LernenvorOrt

Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

seit nunmehr zwei Jahren arbeiten 40 Kommunen im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ daran, ein integriertes datengestütztes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene zu etablieren, an dem alle wesentlichen Bildungsakteure vor Ort beteiligt sind.

Dabei erhalten sie Unterstützung durch ein dichtes Netz programmweiter Veranstaltungen, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit Stiftungen und weiteren Partnern angeboten werden. In regelmäßig tagenden Fachforen können die Kommunen, die am Programm teilnehmen, Erfahrungen aus der Modellentwicklung austauschen. Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der kommunalen Praxis unterstützen diesen Reflexionsprozess systematisch, um gute Modelle zu identifizieren und für den Transfer in ungeforderte Kommunen aufzubereiten.

Mittlerweile sind viele gute und zukunftsweisende Ansätze entstanden, die einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollen. Dies geschieht anlässlich der Jahreskonferenz 2011 mit zahlreichen Präsentationen und Workshops und durch den Start des Magazins „Vor Ort“, das Ihnen hiermit erstmalig vorgestellt wird.

In den Werkstattberichten geht es um beispielhafte Entwicklungsansätze und Zwischenstände aus den Fachforen Bildungsmanagement, Bildungsmonitoring, Bildungsübergänge und Bildungsberatung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den „Lernen vor Ort“-Kommunen haben, zum Teil unterstützt durch Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Fachgebieten, zu dieser Publikation beigetragen.

Für die Fortführung der gemeinsamen Arbeit zur Weiterentwicklung der Managementmodelle und deren nachhaltige Umsetzung wünschen wir allen am Programm beteiligten Kommunen gutes Gelingen und viel Erfolg.

Bonn 2011
Programmstelle „Lernen vor Ort“

Inhalt

Übergangmanagement im Kontext des Bildungsmonitorings [4] Welche Informationen sind kommunal steuerungsrelevant? [5] Kommunale Beispiele für vertiefende Analysen bei Bildungsübergängen [7] Landkreis Mühldorf am Inn: Datenbasiertes Übergangmanagement – Der Wechsel von der Kindertagesstätte in die Grundschule [9] Offenbach: Beispiele guter Praxis der Datenerhebung in den Übergängen Kita – Grundschule und Grundschule – weiterführende Schule [12] Kommunales Bildungsmonitoring Kreis Lippe: Abbrüche und Wechsel im Berufsbildenden System [14] Stadt Köln: Weiterentwicklung des Ausbildungsmonitorings der Stadt Köln durch das Bildungsmonitoring im Programm „Lernen vor Ort“ [16] Regionalverband Saarbrücken: Beispiel für eine kleinere qualitative Erhebung im Themenfeld „Intergenerationelles Lernen“ [18] Landeshauptstadt München: Inklusion – Eine offene Frage des kommunalen Bildungsmonitorings [21]

Werkstattbericht

Das Management von Bildungsübergängen sollte sich auf ein effektives Monitoring stützen. Sechs Kommunen präsentieren in diesem Bericht ihre Arbeitsstände zum datengestützten Übergangsmanagement.

Katja Berner und Sabine Brinkmann (Stadt Köln), Elke Beckedorf-Jaeger (Landkreis Mühldorf am Inn), Claudia Böhm-Kasper (Kreis Lippe), Simone Mazari und Ulrike Müller (Stadt Offenbach), Martha Rosenkranz und Jan Schluckebier (Regionalverband Saarbrücken), Eva Schießl (Stadt München)

Übergangsmanagement im Kontext des Bildungsmonitorings

Ein effektives Management von Bildungsübergängen entlang des Lebenslaufs stützt sich idealerweise auf ein gut funktionierendes Bildungsmonitoring der Übergänge von Gruppen und Individuen im Bildungssystem. Dazu ist, wie bereits im „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“ erwähnt[1], „(...) ein umfassendes und systematisches Sammeln, Interpretieren und Bewerten von Daten und Informationen (...)“ notwendig, um Bildungsübergänge möglichst passgenau und damit letztlich erfolgreich für den Einzelnen zu gestalten. Darüber hinaus kann es dazu dienen, frühzeitig Risiken für gelingende Übergänge zu identifizieren und betroffenen Gruppen und Individuen begleitende, passgenaue Unterstützung, z. B. durch regionale Förderprogramme zur Übergangsberatung, anzubieten.

Durch das Bildungsmonitoring können Lücken und Brüche im Bildungssystem, die lebenslanges Lernen erschweren, sichtbar gemacht und das Übergangsgeschehen transparent dargestellt werden. Eine klare Darstellung der aktuellen Strukturen sollte Rückschlüsse auf Möglichkeiten gelingender Übergänge und auf bestehende Defizite erlauben. Daraus können sich wiederum Hinweise und Anregungen für die Bildungsplanung, -entwicklung und -steuerung ableiten lassen. So wird nicht nur ersichtlich, welche Gruppen und Individuen mit welchen Voraussetzungen und Merkmalen Schwierigkeiten beim Übergang zwischen den Institutionen des Bildungssystems haben, sondern auch, wie sich das Übergangsgeschehen in der Kommune räumlich verteilt und bei welchen Übergangssituationen welche zielgruppenbezogenen Angebote sinnvoll sein könnten.

Ein indikatorengestütztes Monitoring der Übergänge im Bildungssystem kann somit Informationen bereitstellen, die Impulse für die Steuerung an den unterschiedlichen „Schwellen“ im Bildungssystem zur Folge haben. Es kann auch Hinweise geben, welche Maßnahmen für das Erreichen zukünftig wünschenswerter Entwicklungen sinnvoll und erforderlich erscheinen und welche besonderen Akzente gesetzt werden müssten. Wenn das Übergangsgeschehen auf der Basis der Indikatoren, die auf den Daten der amtlichen Statistik, der kommunalen Fachdienste, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kammern, der Bundesagentur für Arbeit oder weiterer möglicher Institutionen beruhen, transparent und nachvollziehbar beschrieben worden ist, wird auch deutlich, ob und welche weitergehenden Informationen benötigt werden. In der Regel sind dann vertiefende Analysen erforderlich, um diese Fragen beantworten zu können.

Gelingende Übergänge im Bildungssystem hängen sowohl von strukturell gegebenen Möglichkeiten und Gelegenheiten, als auch von subjektiv wie traditional geprägten Orientierungen, Aspirationen und Zielen, mehr oder weniger explizit formulierten Interessen und unterschiedlich ausgeprägtem Engagement „in eigener Sache“ ab. Solches Deutungs- und Orientierungswissen und die vor diesem Hintergrund ausgebildete Handlungsfähigkeit und -bereitschaft kann allerdings kaum mit den auf Basis der oben angeführten Statistiken gebildeten Indikatoren erfasst werden. Hierzu sind eigene Erhebungen erforderlich, die sowohl mithilfe quantitativer als auch durch qualitative Methoden umgesetzt werden können.

Die Formulierung eines weiter- oder tiefergehenden Erkenntnisinteresses ergibt sich im Kontext eines kommunalen Bildungsmonitorings aber keineswegs nur „aus den Daten oder

der Sache selbst“. Sie muss als gemeinsame Aufgabe eines Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene verstanden werden. Ist ein solches Erkenntnisinteresse spezifiziert, ist es Aufgabe des Bildungsmonitorings, die notwendigen Datengrundlagen sowie die hierfür geeigneten methodischen Vorgehensweisen zu benennen. Dabei müssen die Analyseinstrumente sowohl bedarfsgerecht (Welche Daten und Informationen sind für das Erkenntnisinteresse und zur Beantwortung der sich hieraus ergebenden Fragen mindestens erforderlich?) als auch handhabbar (Wie gestaltet sich das Verhältnis von Aufwand und Nutzen?) sein. Nur wenn vor diesem Hintergrund eine Steigerung der Informationsqualität zu erwarten ist, kann es sinnvoll sein, Daten im kommunalen Bildungsmonitoring selbst zu erheben.

Daten der oben erwähnten Art gewinnen insbesondere im Hinblick auf längerfristige und Ressourcen beanspruchende Planungen an Bedeutung. Maßnahmen wie die Verbesserung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich oder die Minderung der Auswirkungen des demografischen Wandels durch Angebote zur Weiterbildung mit dem Ziel, den prognostizierten Fachkräftebedarf zu decken, können nur erfolgreich sein, wenn Bereitschaft und Fähigkeiten der involvierten Akteure dies zulassen.

Welche Informationen sind kommunal steuerungsrelevant?

Im Bereich des Monitorings der Bildungsübergänge sind für die Kommunen insbesondere für die strategische Ausrichtung des Übergangsmanagements Erhebungen zu Maßnahmen und Angeboten besonders wichtig, auf die sie hinsichtlich der Planung, Steuerung und Umsetzung einen direkten Einfluss haben. Dies hat Auswirkungen auf die Wahl der Indikatoren des „Anwendungsleitfadens“ ebenso wie auf die Beschaffung von Daten mit Bezug auf Bildungsübergänge bei anderen Institutionen. Auch regionale Vergleiche, regionalspezifische Vertiefungen von Erhebungen und damit verbundene Analysen, z. B. von lokal auftretenden Problemstellungen, die sich auf Veränderungen im regionalen Umfeld zurückführen lassen, können steuerungsrelevant sein.

Vor einer eigenen Erhebung übergangsbezogener Daten empfiehlt es sich, Folgendes zu prüfen:

- Welches Erkenntnisinteresse in Bezug auf die Steuerung, Planung und Umsetzung liegt seitens der Kommune vor und in welchem Bezug steht es zu den kommunal relevanten bildungspolitischen Zielen?
- Inwieweit und worin bestehen kommunale Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten?
- Über welche Möglichkeiten, Weiterentwicklungen im jeweiligen Bildungsbereich voranzutreiben, verfügt man auf kommunaler Ebene?
- Werden über die Beachtung des Datenschutzes hinaus in der Erhebung möglicherweise bestehende besondere Schutzbedürfnisse einzelner Personengruppen geachtet – ist eine negative Diskriminierung ausgeschlossen?

Operationalisierung von Sachverhalten und Problemlagen in Kennzahlen und Indikatoren im Rahmen des kommunalen Bildungsmonitorings

Ein zentraler Aspekt bei der Arbeit im kommunalen Bildungsmonitoring ist die Operationalisierung von Sachverhalten und Problemlagen in Indikatoren. Die Kernfunktion eines Bildungsmonitorings ist die Überwachung, Planung und Steuerung von Entwicklungen im Bildungswesen auf Grundlage von Daten und Informationen. Dazu bedarf es einer systematischen Erfassung des kommunalen Bildungsbereichs, wobei sich Indikatoren als ein geeignetes Instrument hierfür erweisen. Letztlich ist es auf deren Basis möglich, Ziele, Strukturen und Entwicklungen zu beschreiben, regionale Vergleiche vorzunehmen und Grundlagen für politische Entscheidungen und regionale Diskurse zur Verbesserung des Bildungswesens zu liefern.

Das Wort Indikator leitet sich vom Lateinischen „indicare“ ab und bedeutet „anzeigen“. Indikatoren sollen im Allgemeinen verschiedene Anforderungen erfüllen, um ihren grundlegenden Funktionen, der Vermittlung von Informationen und der Messung von nicht direkt beobachtbaren Sachverhalten, gerecht zu werden.

Indikatoren sollen relevant sein, d. h. von Bedeutung für den betrachteten Sachverhalt. Außerdem sollen Indikatoren repräsentativ sein, sie müssen den betrachteten Sachverhalt also gut abbilden. Um sie auch für Außenstehende nachvollziehbar zu machen, sollen Indikatoren und Kennzahlen transparent, reproduzierbar und verständlich gestaltet werden, etwa durch die Offenlegung der Methodik und des verwendeten Rechenverfahrens. Die Entwicklung von Indikatoren sollte theoriegestützt erfolgen. Dadurch können sie inhaltlich in ein bestehendes Indikatorensystem eingeordnet werden. Ein mögliches Orientierungsrastrer wie das Prozess-Kontext-Modell differenziert z. B., ob ein Indikator dem gesellschaftlichen Kontext, dem Prozess-Input, d. h. den vorhandenen Ressourcen, dem Bildungsprozess selbst oder den Wirkungen desselben (Output, Outcomes) zuzuordnen ist. Indikatoren sollen sowohl zielgebunden als auch prognosefähig sein, um der Messbarkeit von Entwicklungen und Zielerreichungsgraden Rechnung zu tragen. Des Weiteren soll auch eine Aktualisierbarkeit und Anpassungsfähigkeit gegeben sein, um eine Fortschreibung der Daten und die Berücksichtigung neuer methodischer Erkenntnisse zu ermöglichen. Nicht zuletzt sollen Indikatoren praktikabel sein und hinsichtlich der Kosten der Erhebung und des Anspruchs an das Know-how der erhebenden und analysierenden Personen umsetzbare Anforderungen stellen. Diese Grundanforderungen an Indikatoren sollten insbesondere bei der Konzeption und Operationalisierung neuer kommunalspezifischer Indikatoren beachtet werden.

Eine grundlegende Frage bei der Arbeit mit Kennzahlen und Indikatoren ist die Datenverfügbarkeit und die Datenerhebung. Ohne entsprechende Rohdaten kann keine Kennzahl oder kein Indikator erstellt werden. Zur Vereinfachung dieser Problematik sollte daher – wenn möglich – zum Großteil auf Daten aus Sekundärstatistiken zugegriffen werden. Diese Daten sind dabei nicht eigens für den Zweck der Erstellung des jeweiligen Indikators erhoben worden, sondern wurden bereits im Vorfeld im Rahmen anderer Fragestellungen ermittelt. Ein Beispiel hierfür sind die Schülerzahlen nach Schularten. Zunächst muss festgehalten werden, dass eine Kennzahl allein noch keine Bedeutung hat. Sie repräsentiert letztlich nichts anderes als eine Zahl,

die erst im Bezug zu Vergleichsmaßstäben Aussagekraft erhält. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, den einzelnen Kennzahlen einen Maßstab zu geben. Zum einen durch die Bildung von Zeitreihen innerhalb der betreffenden Kommunen. Weitere Möglichkeiten sind der Vergleich zwischen unterschiedlichen geografischen Räumen, sowie der Vergleich eines gemessenen Wertes mit einem zuvor festgelegten theoretischen Zielwert. Der räumliche Kontext der Ergebnisse, sei es nun auf nationaler oder regionaler Ebene, muss auf jeden Fall beachtet werden.

Für die Festlegung von Zielwerten empfiehlt sich ein diskursiv-partizipatives Verfahren. Dies wird insbesondere der Tatsache gerecht, dass das Bildungsmonitoring in seiner Funktion als Beratungsinstrument nur Teilergebnisse liefern kann. Bildungsfragen stellen dabei in erster Linie Probleme dar, die es durch kommunalpolitische Maßnahmen und Entscheidungen zu lösen gilt. So stehen Indikatorenwahl, Bewertungen von Problemlagen und Zieldefinitionen meist am Ende eines Diskussions- und Aushandlungsprozesses, der nicht vom Bildungsmonitoring allein geführt werden kann.

Bei neuen kommunalspezifischen Indikatoren lässt sich oft nicht vermeiden, dass die Daten über primärstatistische Erhebungen eigens für den betreffenden Indikator zu beschaffen sind. Es sollte im Rahmen des kommunalen Bildungsmonitorings jedoch darauf geachtet werden, die Zahl der Indikatoren aus primärstatistischen Erhebungen so gering wie möglich zu halten, um den Aufwand und die Kosten zu minimieren und die Handhabbarkeit zu erhöhen. Es sollte auch stets geprüft werden, ob zur Beurteilung eines bestimmten Sachverhalts schon andere geeignete Indikatoren und Kennzahlen im Indikatorenset vorhanden sind.

Ein Rückgriff auf sekundärstatistische Daten gelingt insbesondere dort nicht immer in ausreichender Form, wo sich das Erkenntnisinteresse auf spezifische Fragestellungen des Übergangsmanagements bezieht. Zwar gibt z. B. der Indikator „Übergang vom Elementarbereich in den Primarbereich“ an, wie viele Jungen und Mädchen in welchem Alter mit oder ohne vorherigen ein- oder mehrjährigen Besuch einer Kindertagesstätte und mit oder ohne Sprachförderungsbedarf und schulreifem Entwicklungsniveau in eine Grundschule

eingeschult werden. Es wird auch ersichtlich, wie viele und welche dieser Kinder zu früh oder zu spät eingeschult werden. Über das von den an diesem Übergang beteiligten Akteuren mitgestaltete Bedingungsgefüge ist der Indikator jedoch nicht aussagefähig. Ohne Informationen zur Frage, welche Wünsche, Hoffnungen oder aber Befürchtungen die Eltern bezogen auf die Einschulung ihrer Kinder haben und auf welche Weise sie glauben, unterstützend handeln zu können, bleibt ein Übergangsmanagement blind für mögliche Beiträge eines wichtigen Akteurs dieses Übergangsgeschehens. Auch die Frage, wie sich die Erzieherinnen und Erzieher der Kindertagesstätten und die Lehrerinnen und Lehrer der Primarschulen zu zentralen Fragen (z. B. den Entwicklungsstand in Hinsicht auf motorische, soziale, emotionale, motivationale, sprachliche, mathematische, naturwissenschaftliche, gestalterische, musische und gesundheitsbezogene Kompetenzen) der einzuschulenden Kinder austauschen und welche Art von Förderung jeweils sinnvoll und nötig erscheint, lässt sich mit den Informationen, die der Übergangskindikator liefert, nur ansatzweise klären.

Wenn solche Informationen von Interesse für die Gestaltung eines Übergangsgeschehens sind, weil für einen Übergang ein kommunales Management entwickelt und implementiert werden soll, müssen Primärdaten erhoben werden. Die Eltern könnten entweder mithilfe standardisierter oder nur durch einen Leitfaden strukturierter Interviews schriftlich oder mündlich befragt werden. Zur Gewinnung von Informationen über die Themen, die Organisation und die Intensität des interinstitutionellen Austauschs sind neben Dokumentenanalysen vor allem Verfahren teilnehmender Beobachtung zu empfehlen. Dies zeigt auch, dass zur Klärung eines Sachverhalts der Einsatz unterschiedlicher Methoden erforderlich sein kann, der sich aus dem jeweiligen Erkenntnisinteresse und der Eignung der gewählten Vorgehensweise zu rechtfertigen hat. Sollen die Daten darüber hinaus nicht nur für eine vertiefende Analyse zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern kontinuierlich für ein kommunales Bildungsmonitoring zur Verfügung stehen, so muss auch über praktikable Formen der Ziehung von Stichproben nachgedacht werden, da Vollerhebungen schon unter zeitökonomischen Aspekten kaum zu realisieren sein werden.

Ein möglicher Ablauf bei der Operationalisierung neuer Indikatoren, bei dem alle Schritte im Prozess einer wiederholten Prüfung unterzogen werden sollten, ließe sich anhand der obigen Anmerkungen wie in Übersicht 1 (siehe S. 8) darstellen.

Kommunale Beispiele für vertiefende Analysen bei Bildungsübergängen

Das Interesse der kommunalen Akteure an einer optimalen Gestaltung von Bildungsübergängen ist sehr ausgeprägt. Da die Datengrundlagen hierfür aber häufig nicht in ausreichend differenzierter Form zur Verfügung stehen, haben sich viele „Lernen vor Ort“-Kommunen auf den Weg gemacht, die erforderlichen Daten durch eigene Primärerhebungen zu beschaffen. Im Folgenden sollen einige ausgewählte kommunale Beispiele dargestellt werden, die jeweils unterschiedliche Übergänge im Bildungssystem in den Blick nehmen. Ausgehend von den Indikatoren des „Anwendungsleitfadens“, deren Auswertung vor dem Hintergrund der kommunalen bildungspolitischen Ziele Hinweise auf Bedarfslagen und Probleme ergaben, boten diese Grunddaten in den jeweiligen Kommunen Anlass zur Erhebung weitergehender Fragestellungen.

Die ausgewählten Beispiele dieses Werkstattberichts sollen keine Schablonen liefern, wie Datengrundlagen für das Übergangsmanagement geschaffen werden können. Sie stellen aber Anregungen und Bedenkenswertes für solche Vorhaben zur Diskussion und sollen durch den „Blick in die Werkstatt“ Beiträge dazu liefern, wie sich die kommunalen Problemen genähert und auf welche Weise sie zu Lösungen gefunden haben, die immer zu einer verbesserten Datenlage für ein indikatorenbasiertes Bildungsmonitoring als Steuerungsinstrument für ein Management von Bildungsübergängen auf kommunaler Ebene geführt haben.

Dass Eltern beim Übergang ihrer Kinder von der Kindertagesstätte in die Grundschule eine zentrale Akteursgruppe und ein wichtiger Sozialisationsagent sind, ist unbestreitbar. Ein Management dieses frühen Übergangs sollte deshalb die elterlichen Orientierungen und Wünsche an die Gestaltung desselben kennen und berücksichtigen. Wie diese

Informationen im Landkreis Mühldorf am Inn im Rahmen des kreisweiten Übergangsmanagements erhoben und für das Bildungsmonitoring dauerhaft zur Verfügung gestellt wurden, beschreibt Elke Beckedorf-Jaeger.

Wie durch Expertengespräche und auf der Basis von Fallanalysen Faktoren des Gelingens von Bildungsübergängen im Schulsystem (insbesondere an den Übergängen Kita – Grundschule und Grundschule – weiterführende Schule) identifiziert werden können, stellen Simone Mazari und Ulrike Müller mit der Beschreibung der entsprechenden Aktivitäten im Bereich Übergangmanagement in der Stadt Offenbach dar.

Mit Daten zu Vertragslösungen bei Berufsausbildungsverhältnissen beschäftigt sich der Beitrag von Dr. Claudia Böhm-Kasper. Im Kreis Lippe konnte mithilfe zusätzlich von den Kammern zur Verfügung gestellter Daten ein differenziertes Bild von „vorzeitigen Vertragslösungen“ erstellt werden.

Am Beispiel der Kölner Ausbildungsberichterstattung zeigen Dr. Katja Berner und Sabine Brinkmann, wie über die Erschließung von Daten stadtweiter Befragungen und wissenschaftlicher Studien sowie zusätzlich geführter gruppen- und leitfadengestützter Einzelinterviews das Ausbildungsmonitoring im Hinblick auf die Übergangsprozesse an der

sogenannten „Ersten“ und „Zweiten Schwelle“ differenzierte Aussagen liefern kann.

Vor dem Hintergrund der Daten des Bildungsmonitorings im Regionalverband Saarbrücken berichten schließlich Martha Rosenkranz und Jan Schluckebier auf welche Weise Daten zu Potenzialen intergenerationalen Lernens erhoben wurden.

initiiert worden, deren Ergebnisse Grundlage für die Entwicklung von gemeinsamen pädagogischen Angeboten und Qualifizierungen für das pädagogische Personal sein soll.

Dazu wurde eine Befragung von Eltern durchgeführt, deren Kinder sich im Übergang vom Kindergarten in die Grundschule befinden. Zwei Grundsätze waren dabei leitend: Gemeinsamkeit und Freiwilligkeit. Im Rahmen des Aufbaus eines kommunalen Übergangsmagements erfolgt die Koordinierung des Projektes und die Zusammenführung aller Akteure über das Programm „Lernen vor Ort“.

Aus einer im Herbst 2009 von der Fachakademie für Sozialpädagogik durchgeführten Befragung von Studierenden zu ihren Praxiserfahrungen ergaben sich weitere wichtige Hinweise für die Zielsetzung und Ausgestaltung des Modellprojekts. Es stellte sich heraus, dass der theoretisch formulierte Perspektivenwechsel in der Elternarbeit hinsichtlich einer partnerschaftlichen Kooperation der Bildungseinrichtungen mit den Eltern noch nicht überall vollständig vollzogen worden ist. Angesichts dieser Befunde formulierte die Fachakademie Handlungsbedarf, um das pädagogische Personal zu einer noch besseren und vor allem auch passgenaueren Zusammenarbeit mit den Elternhäusern zu befähigen und dies auch in die Ausbildung der zukünftigen Erzieher/-innen einfließen zu lassen. Auch das Amt für Jugend und Familie, dem die Aufsicht über alle Kindertageseinrichtungen des Landkreises obliegt, hat ein Interesse an einer Steigerung der Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen, die dem kommunalen Leitbild eines familienfreundlichen Landkreises in diesem wichtigen Teilbereich Rechnung trägt. Dieses Leitbild lässt sich jedoch nachhaltig nur verwirklichen, wenn die Bedürfnisse und Wünsche der Familien bekannt sind. Daher entschied man sich für den Weg, die Eltern direkt zu befragen.

Da die Fachakademie des Landkreises nicht über ausreichende personelle Ressourcen verfügt, um eine umfassende Erhebung im Kindergartenbereich umzusetzen, wurde das Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) eingebunden. Ein passendes Projekt für den Landkreis wurde von Frau Dr. Sigrid Lorenz und Frau Dagmar Winterhalter-Salvatore konzi-

Landkreis Mühldorf am Inn: Datenbasiertes Übergangsmanagement – Der Wechsel von der Kindertagesstätte in die Grundschule

Kommunales Erkenntnisinteresse/ Zielsetzung

Im Programm „Lernen vor Ort“ bietet sich dem Landkreis Mühldorf am Inn die Möglichkeit, ein kommunales Bildungsmonitoring einzuführen und zu erproben. Um die Rahmenbedingungen des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule abbilden zu können, stellen die entsprechenden Indikatoren aus dem „Anwendungsleitfaden“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Institutes für Erwachsenenbildung eine geeignete Grundlage dar. Das Erkenntnisinteresse des Landkreises richtet sich darüber hinaus auf die Erhebung der Bedürfnisse und Wünsche von Eltern, deren Kinder sich im Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule befinden. Die Daten hierzu können nur mittels einer differenzierten, auf dieses tiefer gehende Erkenntnisinteresse abgestimmten eigenen Erhebung beschafft werden. Das Kooperationsprojekt „Den Übergang im Blick. Wir fragen Eltern“ hat sich diese Erhebung zur Aufgabe gemacht, so dass dem kreisweiten Bildungsmonitoring zukünftig differenzierte Daten und Befunde zu diesem Übergangsgeschehen zur Verfügung stehen.

Im Landkreis Mühldorf am Inn sind Bildungsübergänge ein zentrales Thema der kommunalen Bildungsplanung. Der Aufbau eines regionalen Übergangsmagements findet im Rahmen von „Lernen vor Ort“ statt. Ein Schwerpunkt ist der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule. In enger Zusammenarbeit mit der Fachakademie für Sozialpädagogik, den Kindertageseinrichtungen und dem Schulamt des Landkreises Mühldorf am Inn ist modellhaft eine Bestandserhebung



Übersicht I: Möglicher Ablauf bei der Operationalisierung neuer Indikatoren

	<p>Klärung des Erkenntnisinteresses, der Zielsetzungen und Erwartungen an den Indikator unter Einbeziehung der für den Sachverhalt relevanten Prozessbeteiligten in die Diskussion.</p> <ul style="list-style-type: none"> Welcher Sachverhalt/welche Problemlage soll dargestellt werden? Besteht eine kommunale Steuerungsrelevanz bei diesem Sachverhalt? Stellt die Kennzahl/der Indikator den Sachverhalt angemessen dar bzw. ist relevant und repräsentativ? Lassen sich Erkenntnisse hinsichtlich der formulierten Zielsetzungen ableiten? Sind andere Instrumente oder Darstellungsformen für den Sachverhalt geeigneter, z. B. in Hinblick auf Bestandsaufnahmen oder Maßnahmenevaluationen? Ist der Sachverhalt bereits in einem anderen Kontext/regionalen Bezugsrahmen durch Kennzahlen beleuchtet worden und sind die Ergebnisse eventuell für den eigenen Bezugsrahmen ableitbar?
↳	<p>Definition der Kennzahl/des Indikators, der den Sachverhalt anhand messbarer Größen darstellt.</p> <ul style="list-style-type: none"> Ist die gewählte Methodik hinreichend für die Darstellung des Sachverhalts? Gibt es Beschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft und Interpretation aufgrund der gewählten Methodik? Ist die gewählte Methodik auch für Außenstehende nachvollziehbar?
↳	<p>Recherche und Erschließung der nötigen Datenquellen und Kontakt zu den entsprechenden Ansprechpartnern</p> <ul style="list-style-type: none"> Sind Daten bereits in sekundärstatistischen Quellen vorhanden? Sind gegebenenfalls eigene Erhebungen nötig? Welche Partner/Akteure müssen in die Datengewinnung miteinbezogen werden? Gibt es Beschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft und Interpretation aufgrund der Datenlage? Sind die Daten fortschreibbar?
↳	<p>Klärung der benötigten finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen</p> <ul style="list-style-type: none"> Stehen die Kosten und die benötigte Zeit in einem Verhältnis zum Nutzen der gewonnenen Erkenntnisse? <p>Bei eigenen primärstatistischen Erhebungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Auf welche Weise soll die Erhebung durchgeführt werden? Wer kann die Datenerhebung durchführen, ist zusätzliches Personal erforderlich? Wie viel Zeit benötigt die Datenerhebung, -aufbereitung und -analyse? Wie hoch ist die Belastung für die Auskunftgebenden?
	↓
	<p>Beschaffung bzw. Erhebung der Daten und Bildung der Kennzahl/des Indikators zur anschließenden Interpretation</p>

piert. Ziel ist es, mittels einer Elternbefragung genaue Kenntnisse zu ermitteln, wie Eltern den Übergang ihrer Kinder vom Kindergarten in die Grundschule erleben, worauf sie dabei Wert legen und welche Unterstützung durch Kindergarten und Schule benötigen. Zugleich ist ein Ziel des Projektes, die Befragungsergebnisse auf erforderliche Folgeschritte hin zu überprüfen, ihre Realisierung zu planen und, soweit wie möglich, auch umzusetzen.

Methoden/Vorgehensweisen

Durch die vertiefenden Informationen zu Evaluationstechniken, die in verschiedenen Kooperationsveranstaltungen den Einrichtungen vermittelt worden sind, ist gewährleistet, dass die Kindertageseinrichtungen und Grundschulen auch nach Abschluss dieses Projektes in der Lage sind, die Erhebungen durchzuführen. Somit kann das etablierte Bildungsmonitoring des Landkreises auch in Zukunft auf diese Daten zurückgreifen und für die Zusammenarbeit mit dem Übergangsmanagement nutzen.

Grundlage für das Modellprojekt ist die Gründung einer Steuerungsgruppe, die sich aus Vertretungen des IFP, der Fachakademie, des Amtes für Jugend und Familie, des Programms „Lernen vor Ort“, Fachberatungen und einigen Kindergartenleitungen zusammensetzt. Die Gruppe wurde im Projektverlauf um einen Vertreter des Schulamtes und eine Kooperationslehrkraft ergänzt. Innerhalb dieses Gremiums erfolgt die inhaltliche Planung der jeweils nächsten Schritte. Durch Information und Diskussion ist gewährleistet, dass auch immer wieder die Basis, in diesem Fall die Kindertageseinrichtungen, in den Prozess mit eingebunden ist. Ebenso können das Amt für Jugend und Familie sowie die Mitarbeiter/-innen des Programms „Lernen vor Ort“ die Belange der Kommune in den Prozess integrieren, ohne eine vorschreibende Haltung einnehmen zu müssen.

Die freiwillige Teilnahme der interessierten Einrichtungen ist eine Grundlage für die Durchführung dieses Projektes. Für die Vorbereitung und Information der Einrichtungen musste viel Zeit eingeplant werden. Durch umfassende Information aller Einrichtungen des Landkreises und die persönlichen Kontaktaufnahme konnten insgesamt 26 (von 53) Kindertageseinrichtungen und 12 (von 23) Grundschulen für eine Teilnahme gewonnen werden.

Phasen der Zusammenarbeit

Ein erster Meilenstein in der intensiven Zusammenarbeit der Steuerungsgruppe war die Einbeziehung des örtlichen Schulamtes und der Grundschulen des Landkreises, um eine vollständige Betrachtung des Übergangs zu gewährleisten.

Es wurde viel Wert darauf gelegt, den persönlichen Kontakt zu den Einrichtungen zu suchen. Veranstaltungen der Einrichtungen und Träger wurden genutzt, um das Projekt vorzustellen. Zudem haben sich die Mitglieder der Steuerungsgruppe als Multiplikatoren und Fürsprecher des Modellprojektes eingesetzt.

Die jährlich stattfindende Regionalkonferenz für Kooperationskräfte der Kindergärten und Grundschulen wurde genutzt, um alle Beteiligten zu informieren und für eine Teilnahme zu gewinnen. Erste fachliche Inhalte zur Erstellung eines Fragebogens und ein Einblick in die Inhalte der Befragung wurden dabei durch das IFP vermittelt.

Der Fragebogen für die Eltern, deren Kind im Herbst in die Schule kommt, wurde am IFP unter Einbezug theoretischer und empirischer Erkenntnisse sowie der Interessen und Anregungen seitens der am Projekt teilnehmenden Partner erstellt. In mehreren Kooperationsveranstaltungen wurden, neben dem Austausch und fachlicher Information (z. B. zur Technik der Fragebogengestaltung), auch die (regionalen) Erfahrungen und das Wissen der Erzieher/-innen sowie der Grundschullehrkräfte in den Prozess eingebracht.

Im Juni 2011 begann die Befragung der „Übergangseltern“ in den Kindertagesstätten. Jede Einrichtung wurde persönlich besucht, um offene Fragen zur Durchführung der Befragung vor Ort zu klären. Die Einrichtungen erhielten drei Wochen Zeit, um die Bögen an die „Übergangseltern“ auszuteilen und anschließend gesammelt an das IFP zurückzuschicken. Die meisten Kindergärten konnten diese Zeitvorgabe einhalten.

Erste Ergebnisse

Insgesamt ist die Resonanz der Eltern mit einer Rücklaufquote von fast 60 Prozent als gut einzustufen. Die meisten Fragebögen bzw. die meisten Fragen wurden von den Eltern durchgängig beantwortet.

Als Beispiel sei der Befund zur Frage genannt, welche Informationsquellen Eltern als wichtig einstufen, um sich zum Thema Einschulung zu informieren. Zwölf unterschiedliche Antwortmöglichkeiten waren im Fragebogen vorgegeben, die nach dem Grad ihrer Wichtigkeit (wenig wichtig – etwas wichtig – sehr wichtig) bewertet werden sollten. Die Eltern (n = 286) holen sich wichtige Informationen zu Schulfragen vor allem von Erzieherinnen und Erziehern oder Lehrkräften in mündlicher und schriftlicher Form. Insbesondere der persönliche Austausch mit der Erzieherin/ dem Erzieher kann also als Hauptinformationsquelle betrachtet werden. Informationsmedien, wie etwa Bücher oder das Internet kommt (noch) keine große Bedeutung zu.

Generell ist die engagierte Beantwortung der offenen Fragen durch die Eltern hervorzuheben. Zu einem sehr hohen Prozentsatz spiegeln die Antworten eine hohe Zufriedenheit mit dem Verlauf des letzten Kindergartenjahres wieder.

Nächste Schritte im Projekt

Erste Ergebnisse der Befragung werden beim Treffen der Steuerungsgruppe und auf der nächsten Regionalkonferenz der Kooperationslehrkräfte der Grundschulen und der Erzieherinnen und Erzieher der Kindertageseinrichtungen vorgestellt und diskutiert.

Bis zum Frühjahr 2012 werden alle Resultate vom Staatsinstitut für Frühpädagogik zielgruppenspezifisch aufbereitet. Im selben Zuge erfolgt eine Überarbeitung des ersten Fragebogens. Die Erfahrungen der Einrichtungen fließen in die Bearbeitung ein. Es wird eine abschließende Version der Elternbefragung erstellt, die anschließend jede Kindertageseinrichtung selbstständig für die „Übergangseltern“ einsetzen kann.

Um ein umfassendes Bild des Übergangs zu erhalten, werden in der nächsten Phase des Modellprojektes zum ersten Mal auch Eltern befragt, deren Kinder gerade in die Grundschule übergetreten sind. Dafür wird auf Basis des ersten Fragebogens ein Schulelternfragebogen entwickelt, der dann im Frühjahr/Sommer 2012 in den am Projekt teilnehmenden Grundschulen zum Einsatz kommt. Mit den ersten Ergebnissen ist im Oktober 2012 zu rechnen.

Konsequenzen für das regionale Übergangsmanagement

Um langfristig den Übergang aus dem Kindergarten in die Grundschule besser gestalten zu können, ist die Mitarbeit der pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte notwendig. Ein intensiver Austausch zwischen beiden Gruppen kann viele Hindernisse und Hürden abbauen. Seit 2006 wird im Landkreis Mühldorf am Inn jährlich eine Regionalkonferenz durchgeführt, zu der Kooperationskräfte der Kindertageseinrichtungen und Grundschulen eingeladen werden. Diese Zusammenkunft legte den Grundstein für eine intensivere Kooperation.

Das örtliche Schulamte, die Fachakademie Mühldorf am Inn und das Amt für Jugend und Familie arbeiten schon seit einigen Jahren im Rahmen dieser Regionalkonferenzen zusammen. Das Kooperationsprojekt „Den Übergang im Blick. Wir fragen Eltern.“ wird nun genutzt, um die gute Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen zur Erstellung des Fragebogens für „Übergangseltern“ fortzuführen und auf den gesamten Landkreis auszuweiten. Dafür haben sich die Kooperationspartner untereinander verständigt, die bestehenden Teams von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften zu stärken und die Übergangsbegleitung zu professionalisieren. Dieses Ziel soll mittels einer Fortbildungsreihe zu den Themen Teambuilding, Entwicklung einer gemeinsamen Identität und Qualitätssicherung verfolgt werden. Zu diesem Zweck sollen Übergangsbegleiter/-innen ausgebildet werden, um die Professionalität und Nachhaltigkeit in diesem Bereich sicherzustellen.

Die Fragebögen stehen allen beteiligten Einrichtungen für eine selbstständige Nutzung auch in Zukunft zur Verfügung. Ebenso kann die Fachakademie den Fragebogen als Instrument für die eigene Lehre nutzen. Das zukünftige Fachpersonal erlernt schon in der Fachakademie die Grundlagen und den Umgang mit derartigen Befragungen. Somit ist eine spätere fachlich versierte Anwendung in den Kindertagesstätten, aber auch in den Grundschulen des Landkreises gewährleistet. Entsprechend profitiert auch das Bildungsmonitoring des Landkreises von dieser Entwicklung. Durch die professionalisierte Erhebung in den Einrichtungen kann zukünftig auf eine gute Datengrundlage zurückgegriffen werden.



Offenbach: Beispiele guter Praxis der Datenerhebung in den Übergängen Kita – Grundschule und Grundschule – weiterführende Schule

Für den Übergang Grundschule – weiterführende Schule steht an Datenmaterial der Indikator DI2.1 „Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schulen“ des „Anwendungsleitfadens“ zur Verfügung.

Da es ein genuines Interesse von „Lernen vor Ort“ Offenbach darstellt, die Gelingensfaktoren und Hemmnisse bei der Gestaltung der Übergänge näher zu beleuchten, unter der zeitlichen Restriktion des Programms, wurden handlungs- und gestaltungsorientierte partizipative Ansätze gewählt, um die Struktur der Übergangsprozesse zu analysieren und perspektivisch zu verändern.

Ausgehend von den durch quantitative Analyse ermittelten Befunden, dass sowohl das Geschlecht als auch die Nationalität statistisch gesehen die Chancen bei der Gestaltung des Übergangs beeinflussen, wurden qualitative Verfahren identifiziert, die die dichte Beschreibung und Gestaltung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule ermöglichen. Diese lassen sich der Aktionsforschung zuordnen, einem auch in der Schulentwicklung genutzten Forschungsansatz. Darauf aufbauend wurden zwei qualitative Verfahren für die Offenbacher Verhältnisse adaptiert: „Bestandsaufnahme-Gespräche mit Schulleitungen zur Übergangsgestaltung“ sowie „Fallanalysen misslungener Übergänge“. Die Aktionsforschung wird hier als Abfolge von fünf Schritten, als Aktions-Reflexions-Kreislauf, konzipiert. Er besteht aus Materialerhebung, Beschreibung, erster Bewertung, professioneller Reflexion und Schlussfolgerungen (vgl. dazu Baumgart, Kerstin (2007): S. 16 ff.)

Qualitative, aktionsorientierte Verfahren bei der Beschreibung der Übergangsgestaltung Kita – Grundschule sowie Grundschule – weiterführende Schule

Bestandsaufnahme-Gespräche mit Schulleitungen zur Übergangsgestaltung

a) Erste Gesprächsrunde: Schulleitungen | Zunächst wurde ein Gesprächsleitfaden entwickelt, der Fragen zur Praxis der Gestaltung der Übergänge enthielt und auf

die Identifikation möglicher Ansatzpunkte zur Verbesserung der derzeitigen Übergangsgestaltung zielte. Auf dieser Grundlage wurden leitfadengestützte Gespräche mit allen Schulleitungen aus dem Grundschulbereich (private und öffentliche Schulen) geführt. In diesen Gesprächen ging es sowohl um die Gestaltung des Übergangs von der Kita zur Grundschule als auch von der Grundschule in die weiterführende Schule. Zur Sprache kamen dabei unter anderem auch strukturelle Herausforderungen der Übergangsgestaltung und die Gesprächspartner entwickelten Lösungsideen für die Praxis vor Ort in den Schulen, auf kommunaler sowie auf Landesebene.

b) Zweite Gesprächsrunde: Schulleitungen weiterführender Schulen | In einer weiteren Gesprächsrunde wurden auf der Grundlage eines modifizierten Leitfadens Gespräche mit allen Schulleitungen der weiterführenden Schulen in Offenbach (private und öffentliche) geführt. Gesprächsinhalt war die derzeitige Praxis der Gestaltung des Übergangs von der Grundschule in die weiterführende Schule. Auch hier kamen wieder problematische Rahmenbedingungen für die Übergangsgestaltung, aber auch Lösungsansätze zur Sprache. Insgesamt handelte es sich bei beiden Gesprächsreihen um Vollerhebungen.

c) Zentrale Gesprächsdimensionen | Im Übergang von der Kita zur Grundschule waren von besonderem Interesse:

- die Verbreitung, die Intensität und die Formen der Kooperation der jeweiligen Grundschulen mit den abgebenden Kitas, die Kenntnis und Wertschätzung der jeweils anderen Profession und das Vorhandensein eines gemeinsamen Bildungsverständnisses, ggf. gemeinsame pädagogische Aktivitäten und Qualifizierungsprozesse von Erzieherinnen und Erziehern sowie Grundschullehrerinnen und -lehrern
- die Nutzung von Vorerfahrungen aus den Kitas, um als jeweils nächste Bildungseinrichtung leichter am aktuellen kindlichen Entwicklungsstand ansetzen zu können (Stichwort: Kommunikation zwischen Erzieherinnen und Erziehern sowie Klassenlehrerinnen und -lehrern, Vorliegen einer Entwicklungsdokumentation bzw. eines Portfolios; Einverständnis der Eltern)
- die Verbreitung, die Intensität und die Formen der Sprachförderung, die gemein-

- same Elternarbeit von Grundschulen und Kitas sowie deren Intensität (Orte für Eltern in der Schule, Formen aufsuchender Elternarbeit, Themenelternabende, Berücksichtigung von Sprachproblemen der Eltern)
- der „sanfte Beginn“ für die bisherigen Kita-Kinder, u. a. durch Aufgreifen von aus der Kita bekannten Ritualen durch die Grundschule, durch gemeinsame Grundschulbesuche und Feste im Vorfeld, durch frühzeitiges Kennenlernen der künftigen Klassenlehrer/-innen, durch Patinnen und Paten aus höheren Klassen, durch Aktivitäten zur Bildung einer Klassengemeinschaft (Stichwort: soziales Lernen)
- die jeweilige organisatorische Gestaltung des Schuleingangs – auch für entwicklungsverzögerte Kinder (Ausgestaltung von Vorklassen und Eingangsstufen, jahrgangsgemischte flexible Schuleingangsgruppen mit zusätzlicher pädagogischer Fachkraft)

Für den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule waren die Gesprächsdimensionen:

- die Verbreitung, die Intensität und die Formen der Kooperation der jeweiligen Grundschulen und weiterführenden Schulen,
- die Intensität und die Formen der Information von Eltern und Kindern durch die jeweiligen weiterführenden Schulen (z. B.: Infonachmittage, Schnupperbesuche durch Grundschule, Tage der offenen Tür, Gesprächsangebote durch Schulleitung),
- die elterliche Akzeptanz der Grundschulempfehlung für einen bestimmten Bildungsgang (u. a. Frage nach dem Ausmaß von elterlichen Widersprüchen),
- die Akzeptanz der jeweiligen weiterführenden Schule durch die Eltern (u. a. Frage nach Widersprüchen beim Staatlichen Schulamt),
- das Ausmaß der Transparenz über Prozeduren und die Konsequenzen bei der Wahl des weiterführenden Bildungsganges sowie die Formen, mit denen die Transparenz erreicht werden soll (Informationen in den Hauptberufssprachen der Eltern, spezielle Elterninformationsabende zum Prozedere des Übergangs, ggf. mit Übersetzern),
- der „sanfte Beginn“ für die bisherigen Grundschulkindern, u. a. durch Aufgreifen von aus der Grundschule bekannten Ritualen durch die weiterführende Schule, durch gemeinsame Besuche der weiterführenden

- Schulen und deren Feste im Vorfeld, durch frühzeitiges Kennenlernen der künftigen Klassenlehrerinnen und -lehrer, durch Patinnen und Paten aus höheren Klassen, durch Aktivitäten zur Bildung einer Klassengemeinschaft (Stichwort: Soziales Lernen), durch Schaffen „geschützter Räume“ auf dem Schulgelände für die Schulanfänger, die systematische Vorbereitung der Schule auf die neuen 5. Klassen (u. a. Schulung der Klassenlehrer/-innen, intensive Kontakte mit den abgebenden Grundschulen),
- die Kooperation zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen und der Abgleich des jeweiligen Bildungsverständnisses,
- die Nutzung von Vorerfahrungen der Grundschullehrkräfte, um als jeweils nächste Bildungseinrichtung präziser am kindlichen Entwicklungsstand ansetzen zu können (Stichwort: Gespräch zwischen bisherigen und zukünftigen Klassenlehrerinnen und -lehrern, Vorhandensein einer Entwicklungsdokumentation bzw. eines Portfolios; wird Einverständnis der Eltern eingeholt?),
- die Durchlässigkeit zwischen Förderstufe und Gymnasium (hier insbesondere der Aspekt „zweite Fremdsprache“ als Hürde) sowie zwischen Förderschulen und Regelschulen – in beide Richtungen?,
- die Steuerung im Übergang Grundschule – weiterführende Schule.

Fallanalysen nicht gelungener Übergänge

Aufbauend auf die Gesprächsrunde mit allen Schulleitungen setzte sich eine von „Lernen vor Ort“ geleitete Fachgruppe zum Ziel, anhand konkreter Fälle von Schülerinnen und Schülern Faktoren der Übergangsgestaltung zu identifizieren, die sich als offensichtlich ungünstig erweisen.

Diese Fachgruppe beschäftigt sich mit der Entwicklung der „Bildungsregion Offenbach“ und damit verbunden mit dem notwendigen Veränderungsbedarf an Schulen. Sie besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Dezernats für Bildung und Ordnung, des Stadtschulamts, des Staatlichen Schulamts, des Jugendamts sowie ausgewählter Leitungen von Grund- und von weiterführenden Schulen. In anonymisierter Form speisten die Schulleitungen derjenigen Grund- und weiterführenden Schulen, die

in der Fachgruppe vertreten sind, mehrere Fallbeispiele zu nicht gelungenen Übergängen von der Grundschule in die weiterführende Schule in die Diskussion ein. Dadurch wurde das Problembewusstsein in Bezug auf schwierige Rahmenbedingungen im Übergangsbereich geschärft, was für die weitere inhaltliche Arbeit der Fachgruppe von großer Relevanz war. Aus der gemeinsamen Analyse kritischer Faktoren und Reflexionen über diese Faktoren bei der Gestaltung des Übergangs wurden mit der Methode der „kollegialen Beratung“ schülerzentrierte Schlussfolgerungen und Bearbeitungsideen entwickelt. Darüber hinaus konnten strukturelle Veränderungsnotwendigkeiten beschrieben und verbesserte Handlungsoptionen sowohl auf schulischer Ebene als auch mit Blick auf die gesamtkommunalen Akteure analysiert werden.

Entwicklung von Handlungsansätzen aus den Ergebnissen der qualitativen Erhebungen

Alle Interviews und Fallanalysen wurden strukturiert ausgewertet und aus den Befunden wurde eine Gesamtübersicht erstellt. Diese wurde mit der politischen Spitze (Bildungsdezernent und kommunale Federführung „Lernen vor Ort“) sowie differenziert nach Bildungsstufen (Grundschule und weiterführende Schule) mit dem Steuerungsgremium von „Lernen vor Ort“ in Offenbach diskutiert. Die Gesamtübersicht wurde in verschiedenen Fachgruppen im Themenbereich Übergänge reflektiert und wirkte profilbildend für das Tätigkeitsspektrum im LvO-Arbeitsbereich Übergänge (z. B.: Elternarbeit, Sprachförderung, Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule). Zentrale Schlussfolgerungen aus den beiden qualitativen Erhebungen fließen derzeit in den Entwicklungsprozess zum „Masterplan Bildung“ für die Stadt Offenbach ein.

Kommunales Bildungsmonitoring Kreis Lippe: Abbrüche und Wechsel im Berufsbildenden System

Der „Anwendungsleitfaden“ und weitergehende Analysen

Der Schwerpunkt der kommunalen Bildungsberichterstattung im Kreis Lippe liegt im Bereich der beruflichen Bildung. Zur Koordinierung und Steuerung der Berufsbildung wurde im Jahr 2004 die Steuerungsgruppe „Jugend braucht Zukunft“ gegründet und im

Jahr 2006 eine kreisweite Koordinierungsstelle Schule – Beruf (SchuB) eingerichtet. Nach organisatorischen Veränderungen ist aus der Steuerungsgruppe „Jugend braucht Zukunft“ im Jahr 2010 der Fachausschuss Schule-Beruf hervorgegangen, der nun von der Bildungsgenossenschaft „Lippe Bildung eG“ moderiert wird. Dort finden sich die wichtigsten zivilgesellschaftlichen und staatlich-kommunalen Akteure der Region (Kammern, Bundesanstalt für Arbeit, Berufskollegs, Eigenbetrieb Schulen, Bildungsgenossenschaft, Bildungsbüro) zur Koordinierung der Berufsbildung zusammen.

Als Steuerungsgrundlage hat es in den Jahren 2005, 2007 und 2009 bereits drei indikatoren-gestützte Berufsbildungsberichte gegeben. Mit dem Programm „Lernen vor Ort“ und dem Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings ist eine konzeptionelle Neuausrichtung der Bildungsberichterstattung mit der Ausweitung auf weitere Bildungsbereiche (frühkindliche Bildung, allgemeinbildenden Schulen, Weiterbildung) erfolgt. Dabei war neben den bereits definierten Problem- und Interessenlagen im Kreis vor allem auch der durch das Statistische Bundesamt, das Statistische Landesamt Baden-Württemberg und das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung vorgelegte „Anwendungsleitfaden für ein kommunales Bildungsmonitoring“ eine wichtige Orientierung.

Vor der Erstellung des ersten lippischen Bildungsberichts ist aus dem Fachausschuss Schule-Beruf eine Arbeitsgruppe „Monitoring berufliche Bildung“ entstanden. Diese Arbeitsgruppe hat sich auf ein gemeinsam getragenes Indikatorenset zum Bereich der beruflichen Bildung geeinigt und Aspekte der Datenauswahl, der Datenpräsentation und der Dateninterpretation diskutiert.

Angelehnt an das Input-Prozess-Output-Modell für die kommunale Bildungsberichterstattung wurden folgende Bereiche aufgegriffen:

- Angebotsstrukturen
- Nutzungsstrukturen
- Nachfragestrukturen
- Passung von Angebot und Nachfrage
- Erfolge beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge

Nach der Veröffentlichung des Bildungsberichts wurden die Ergebnisse in der

Planungskonferenz, als erweitertes Gremium des Fachausschusses, vorgestellt.

Die Diskussion konzentrierte sich dabei unter anderem auf die erfolgreich abgeschlossenen beruflichen Bildungsgänge.

Folgende Indikatoren aus dem „Anwendungsleitfaden“ wurden dazu präsentiert:

- allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse an den Berufskollegs (Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge)
- vorzeitig gelöste Ausbildungsverhältnisse (Vertragsauflösungsquoten nach Ausbildungsbereichen)
- Zusätzlich wurde die Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen in der dualen Ausbildung nach Ausbildungsbereichen präsentiert

Aus dieser Diskussion, die auf der Basis noch recht „grober“ Daten erfolgte, erwuchs der Auftrag an das kommunale Bildungsmonitoring, Detailanalysen vorzulegen.

Für den Bereich der dualen Ausbildung bedeutete dies eine stärkere Ausdifferenzierung des Indikators „vorzeitige Vertragslösungen“ nach Berufsbereichen, Branchen und einzelnen Berufen. Darüber hinaus gab es den Wunsch nach Informationen zu den Ursachen und Gründen von Ausbildungsabbrüchen.

Mit der Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold und der Kreishandwerkerschaft Lippe konnten für die beiden größten Ausbildungsbereiche im Kreis Lippe verfügbare Daten recherchiert, bereitgestellt und ausgewertet werden.

Damit standen für die weitere Diskussion detaillierte Ergebnisse zu folgenden Punkten zur Verfügung:

- Lösungsquoten nach Branchen und Berufsgruppen für die Bereiche Industrie/Handel und Handwerk (Bezugsjahr 2010 – Die Basis hierfür waren nicht die neu abgeschlossenen Verträge eines Jahres, sondern die Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr zzgl. der Anzahl der Vertragslösungen während der Probezeit)
- Berufe mit den höchsten und niedrigsten Lösungsquoten
- Zeitpunkt der Vertragslösung

Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse beschrieben.

Für den Bereich Industrie- und Handel gibt es in den Branchen Hotel- und Gaststättengewerbe und Verkehrs- und Transportgewerbe (Lösungsquote jeweils 50 %) sowie Holz (Lösungsquote 41 %) auffallend hohe Lösungsquoten. Deutlich geringer sind die Lösungsquoten in den Branchen Elektrotechnik (5,7%), Bankkaufmann, -kauffrau (5,7%) und Versicherungskaufmann, -kauffrau (6,3%).

Ausbildungsberufe mit besonders hohen Lösungsquoten sind: Restaurantkaufmann/-frau (75 %), Hotelfachmann/-frau (52%) und Koch/Köchin (51%).

Im Ausbildungsbereich Industrie und Handel werden mehr als die Hälfte der Ausbildungsverträge bereits im ersten Ausbildungsjahr gelöst, knapp ein Viertel bereits in der Probezeit. In der Differenzierung nach Branchen fällt auf, dass es in den Branchen mit besonders hohen Lösungsquoten häufiger frühzeitig zur Vertragslösung kommt. Im Hotel- und Gaststättengewerbe werden die Ausbildungsverträge zu 61% im ersten Ausbildungsjahr gelöst. Im Ausbildungsgang Bankkaufmann/-frau wurde im ersten Ausbildungsjahr kein Vertrag aufgelöst.

Im Ausbildungsbereich Handwerk gibt es vergleichsweise hohe Lösungsquoten in den Berufsgruppen Nahrungsmittelhandwerke (43%) und Gesundheits- und Körperpflege, chemische und Reinigungshandwerke (38,6%). Zu den Handwerksberufen mit hohen Lösungsquoten gehören Bäcker (46%), Friseur (39%) und Maurer.

Auch für das Handwerk ist festzustellen, dass in den beiden oben genannten Berufsgruppen mit hohen Lösungsquoten, die Entscheidung zur vorzeitigen Vertragsauflösung besonders früh fällt (80% im ersten Ausbildungsjahr).

Die Ursachen von Ausbildungsabbrüchen bzw. vorzeitigen Vertragslösungen sind nur durch zusätzliche Befragungen am ehesten mithilfe von nur durch Leitfragen strukturierter Interviews zu ermitteln. Da dies für das Kreisgebiet nicht kurzfristig zu realisieren war, wurden wissenschaftliche Studien zur Hilfe genommen (Schöngen, K.: 2003; Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.): 2002),

die wichtige Hinweise mit Blick auf mögliche Ansätze zur Reduzierung von vorzeitigen Vertragsauflösungen enthielten. Dazu gehören neben den Gründen für vorzeitige Lösungen, die sowohl im betrieblichen, persönlichen wie auch schulischen Bereich liegen können, auch Informationen zur möglichen Vermeidbarkeit von vorzeitigen Vertragslösungen. Darüber hinaus ist zu beachten, dass vorzeitige Vertragslösungen nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleich zu setzen sind, da nach den Ergebnissen der BIBB-Studie fast zwei Drittel derjenigen, die ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig lösen, im Schul- und Ausbildungssystem verbleiben. Dabei sind allerdings geschlechtsspezifische Differenzen und Unterschiede in Abhängigkeit von der schulischen Vorbildung zu beachten.

Zusätzlich zum Bereich des dualen Systems wurde mithilfe von Sonderauswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit dem Aspekt erfolgreicher Abschlüsse von einzelnen Maßnahmen der Bundesagentur zur Förderung der Berufsausbildung nachgegangen. Dazu konnten detaillierte Eingliederungs- und Verbleibsquoten präsentiert werden.

Auch die erworbenen Abschlüsse wurden im Rahmen der Detailanalysen genauer untersucht.

Die Analysen aus der amtlichen Berufsschulstatistik weisen einen relativ hohen Anteil von Abgängern „ohne Abschluss“ auf. Insgesamt trifft dies (mit variierenden Anteilen in den einzelnen Schulformen und Bildungsgängen) für knapp ein Drittel der Abgänger an den Berufskollegs des Kreises zu. Bei genauerem Hinsehen fallen unter die „erfolglosen“ Abgänger aber auch alle Schüler/-innen, die den begonnenen Bildungsgang vorzeitig verlassen, um eine duale Ausbildung zu beginnen, in eine berufsvorbereitende Maßnahme einzutreten oder den Bildungsgang oder die Schule zu wechseln. Das Ergebnis von Recherchen in den Verwaltungsdaten eines Berufskollegs und detaillierter Analysen war, dass die Anzahl von erfolglosen Abgängerinnen und damit der Anteil der Schüler/-innen „ohne Abschluss“ relativiert werden muss. Um hier verlässliche Daten für den gesamten Kreis zu gewinnen, sollen die Berufskollegs in Zukunft über einen einheitlichen Kriterienkatalog die Gründe für ein vorzeitiges Ausscheiden und den Verbleib der Jugendlichen erfassen.

Der Fachausschuss Schule-Beruf hat auf der Basis der vorliegenden Detailanalysen für den Kreis und dem sich daraus ergebenden Handlungsbedarf beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich zukünftig intensiv mit dem Thema Abbrüche und Wechsel im berufsbildenden System befassen wird. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, Maßnahmen zu bündeln und zu entwickeln, um vorzeitige Vertragsauflösungen zu reduzieren und die Erfolgsquoten an den Berufskollegs und für die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zu erhöhen.

Dabei sind natürlich auch die weiteren Bemühungen des Kreises zur verbesserten Berufsorientierung und zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf von zentraler Bedeutung.

Stadt Köln: Weiterentwicklung des Ausbildungsmonitorings der Stadt Köln durch das Bildungsmonitoring im Programm „Lernen vor Ort“

Seit 2006 wird in der Kölner Kommunalverwaltung ein kontinuierlich fortlaufendes Ausbildungsmonitoring für die Stadt Köln aufgebaut.[2] Neben der Fortschreibung von abgestimmten „Standard-Indikatoren“ zur Ausbildungssituation wird die Berichterstattung seit 2009 durch ein jährlich wechselndes Schwerpunktthema ergänzt.

Die Kölner Ausbildungsberichterstattung wurde im Jahr 2010/2011 durch das Bildungsmonitoring im Rahmen von „Lernen vor Ort“ methodisch und inhaltlich erweitert, indem für den Ausbildungsbericht 2010 eine vertiefte Analyse der Übergangsprozesse an der sogenannten ersten Schwelle (von Schule in Ausbildung) und der sogenannten zweiten Schwelle (von Ausbildung in Beschäftigung/Weiterqualifizierung) von deutschen und ausländischen Jugendlichen erfolgte. Diese Berichterstattung bildet zugleich einen Bestandteil des ersten Kölner Bildungsberichts für den Bereich der Bildungsübergänge „Schule – Beruf“ im Rahmen von „Lernen vor Ort“ in Köln.[3]

Für die Beschreibung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung – inklusive der Übergänge in das Übergangssystem – sowie von der Ausbildung in die Beschäftigung/Weiterqualifizierung wurden die im Anwendungsleitfaden genannten und relevanten Indikatoren berücksichtigt. Darüber hinaus konnten weitere

bedeutsame Indikatoren erhoben werden, wie z. B.:

- Ausbildungswünsche deutscher und ausländischer Schulabsolventinnen und -absolventen
- schulische Vorbildung der Ausbildungsplatzbewerber und -bewerberinnen
- Verteilung der Neuzugänge auf die Berufsbildungsteilsysteme nach Abschluss und Nationalität
- nachschulische Pläne von Kölner Schülerinnen und Schülern

Insgesamt wurden folgende Datenquellen genutzt:

- amtliche Statistiken, z. B. Daten der Bundesagentur für Arbeit, Schulstatistik (Landesstatistik IT NRW)
- Statistiken von Kammern (IHK, HWK, Kammern der freien Berufe)
- kommunale Statistik der Stadt Köln
- Schulabgängerbefragung der Stadt Köln[4]
- verschiedene Geschäftsstatistiken der Stadtverwaltung Köln

Es zeigte sich, dass trotz der Nutzung der vielfältigen Datenquellen eine ausschließlich auf Indikatoren basierende Berichterstattung an Grenzen stößt. Zur Etablierung eines handlungsorientierten und zugleich datenbasierten Bildungs- und Übergangsmanagements bedarf es daher eines kommunalen Bildungsmonitorings, das über ein rein indikatorengestützt orientiertes Monitoring hinaus geht. Um dem Rechnung zu tragen, wurden zur Analyse des Übergangsgeschehens „Schule – Beruf“ folgende weitere Informationsquellen und vertiefende methodische Zugänge gewählt.

Zur Eruierung weiterführender Erkenntnisse hinsichtlich der genannten Übergangsprozesse wurden sowohl quantitative als auch qualitative Ergebnisse vor allem aus nachfolgenden Kölner Befragungen und wissenschaftlichen Übergangsstudien in die Analysen einbezogen:

- erste Ergebnisse der Stadt Köln aus der Befragung „Demografischer Wandel in Köln“[5] sowie der Integrationsbefragung „Demografischer Wandel und Integration“[6]
- Ergebnisse einer repräsentativen wissenschaftlichen Studie der Katholischen Hochschule NRW zur Berufswahlorientierung

Kölner Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe II[7]

- Ergebnisse einer repräsentativen wissenschaftlichen Studie der Fachhochschule Köln zu Übergangsverläufen von Kölner Berufskollegsabsolventinnen und -absolventen[8]
- Ergebnisse einer Befragung der Universität zu Köln zum Übergang von der Schule in die Ausbildung
- Ergebnisse einer Befragung mit leitfadengestützten Interviews durch das Programm „Lernen vor Ort“ zum Übergang von der Ausbildung in den Beruf

Leitfadengestütztes Gruppeninterview

Im Rahmen der Überlegungen zur methodischen und konzeptionellen Weiterentwicklung des Bildungsmonitorings kam der defizitären Datenlage zur zweiten Schwelle eine hohe Bedeutung zu. In Anbetracht der bildungspolitischen Relevanz dieses Übergangs in Köln und um diesen auch in Zukunft anhand von Daten analysierbar zu machen, wurde zunächst angesichts fehlender grundständiger Informationen zu Erfolgs- und Risikofaktoren, die den Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung sowie in Weiterqualifizierung beeinflussen, ein qualitatives Verfahren in Form eines leitfadengestützten Gruppeninterviews gewählt. Ziel dieser Untersuchung war es, neue Erkenntnisse zum Übergangsgeschehen an der zweiten Schwelle in Köln zu gewinnen. Die Anwendung dieser Interviewmethode war im Rahmen des explorativen Vorgehens mit der Erwartung auf höhere Authentizität der Antworten verbunden und diente einem effektiven wie pragmatisch gestalteten Erhebungsablauf. Eine Erhebung mit vollstandardisierten Fragebögen erschien wenig geeignet, da es auf die subjektive Sichtweise der Befragungspersonen ankam und gerade günstige und/oder hemmende Faktoren im Übergangsgeschehen junger Menschen direkter Informationsquellen bedürfen. Hierfür wurde ein Interviewleitfaden mit Fragen zu folgenden wesentlichen Leitthemen entwickelt:

- Erfolgs- und Risikofaktoren sowohl auf persönlicher/individueller als auch auf institutioneller Ebene, die den Berufseinstieg begünstigen oder erschweren
- migrationsspezifische Aspekte, die den Berufseinstieg begünstigen oder erschweren




 Fallbeispiel
Saarbrücken

- institutionelle Bedarfe an Unterstützungsleistungen (z. B. seitens der Aus- und Weiterbildungsberatung Ausbildungsbetriebe, Berufskollegs)

Die Befragungspersonen für das Gruppeninterview waren verantwortliche Personen aus der arbeitsnehmerorientierten Arbeitsvermittlung bei der Agentur für Arbeit Köln. Die Befragten waren für das Übergangsgeschehen an der zweiten Schwelle aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen sensibilisiert und konnten daher Einflussfaktoren beurteilen. Die Thematik wurde aus einer spezifischen Perspektive beleuchtet und ermöglichte eine erste vorläufige Identifikation von Einflussfaktoren auf den Übergangsprozess.

Standardisierte Befragung von Absolventinnen und Absolventen der dualen Berufsausbildung an Kölner Berufskollegs

Neben der aufgeführten qualitativen Vorgehensweise entwickelt das Institut für Allgemeine Didaktik und Schulforschung der Universität zu Köln im Auftrag von „Lernen vor Ort“ im Rahmen einer Pilotstudie zurzeit eine Onlinebefragung von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen an Kölner Berufskollegs. Mit der Befragung sollen sowohl rückblickend als auch vorausschauend Erkenntnisse zu den Bildungs- und Übergangsverläufen von Absolventinnen und Absolventen der dualen Berufsausbildung an Kölner Berufskollegs gewonnen werden. Die Ergebnisse dieser Onlinebefragung sollen künftig in das Kölner Bildungsmonitoring einfließen. Dazu wird das bereits erprobte Instrument der Schulabgängerbefragung für die Erhebung an Kölner Berufskollegs weiterentwickelt, um es für eine kontinuierliche Beobachtung und datengestützte Analysen aller relevanter Übergangsprozesse in Köln einsetzen zu können, was zu einer nachhaltigen Etablierung eines ganzheitlichen Bildungsmonitorings beiträgt.

Damit soll eine weitere Grundlage für ein datenbasiertes Übergangsmanagement[9] bzgl. der kommunalen Bildungsplanung und -steuerung von Bildungsangeboten für junge Erwachsene am Übergang von der Berufsausbildung in die Beschäftigung und Weiterqualifizierung gelegt werden.

Regionalverband Saarbrücken: Beispiel für eine kleinere qualitative Erhebung im Themenfeld „Intergenerationelles Lernen“

Wegbrechende Schülerzahlen, gefährdete Schulstandorte und ein rasanter Altersstrukturwandel in der Gesellschaft – diese Triade an Herausforderungen veranlasste die Stabsstelle Bildungsmanagement im Programm „Lernen vor Ort“ darüber nachzudenken, ob und wie Schulen über die klassischen Nutzungsformen hinaus in ihren Sozialraum und auch für ältere Menschen am Übergang in die nachberufliche Lebensphase geöffnet werden können.

Ausgangslage: Ergebnisse aus dem Bildungsmonitoring

Insbesondere die folgenden Ergebnisse aus dem Bericht des Bildungsmonitorings zeigten dringenden Handlungsbedarf auf und veranlassten die Durchführung einer qualitativ angelegten Erhebung zum möglichen Bedarf intergenerationellen Lernens an verschiedenen Schulstandorten und in unterschiedlichen Schultypen:

Zum einen berichtet das Bildungsmonitoring, dass der absehbar größte Druck des demografischen Wandels auf die Schulentwicklungsplanung insbesondere im Sekundarbereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen wirken wird. Zwar führen regional unterschiedliche Wanderungsbewegungen und Unterschiede im Aufbau der Altersstruktur zu interkommunal differenzierten Rückgängen der Schülerzahlen. Fest steht jedoch, dass an der überwiegenden Mehrzahl der Schulstandorte mit massiven Rückgängen der Schülerzahlen sowohl in der Sekundarstufe I als auch zeitlich versetzt in der Sekundarstufe II zu rechnen ist. Gemessen an den einzelnen Jahrgangsstufen und an der vorhandenen Schülerzahl ist der Sekundarbereich I der größte Teilbereich des allgemeinbildenden Schulsystems. Da im Allgemeinen über alle Jahrgangsstufen des Sekundarbereichs I hinweg Schulpflicht besteht, ist hier auch ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Gesamtschülerzahl und der Anzahl von Kindern und Jugendlichen in den entsprechenden Altersgruppen herzustellen. Für das Saarland sind mit einem Rückgang der Schülerzahlen um 29,5 Prozent bis zum Jahr 2020 (bei Zugrundelegung des Basisjahrs 2006) die mit Abstand größten Verluste im Bund-Länder-Vergleich zu erwarten. Bis zum

Jahr 2030 ist für die Altersgruppe der 10- bis 15-Jährigen mit einem weiteren Rückgang um nochmals 2,6 Prozentpunkte zu rechnen. Auch hinsichtlich der zu erwartenden Entwicklung der Schülerzahlen im Sekundarbereich II nimmt das Saarland mit einem prognostizierten Rückgang um 49,1 Prozent bis zum Jahr 2020 (Basisjahr 2006) einen Spitzenplatz ein, der nur noch von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern übertroffen wird.

Aufgrund der im Vergleich der saarländischen Landkreise relativ günstigen Altersstruktur im Regionalverband liegen die Bevölkerungsverluste in den entsprechenden Altersgruppen hier erwartungsgemäß leicht unter dem Landesdurchschnitt. Dennoch sind die Einbrüche bei den entsprechenden Altersgruppen dramatisch. Die Einschnitte in das Bildungssystem werden es ebenfalls sein, wenn es nicht gelingt, einvernehmlich eine konzeptionelle (Neu-) Orientierung darüber herzustellen, was Schule im Gemeinwesen – über ihre Funktion als klassischer Lernort hinaus – zu leisten imstande ist. In diesem Kontext stellt der demographische Wandel die Schulentwicklungsplanung absehbar vor größte Herausforderungen. Die Bewertung einzelner schulischer Angebote kann sich dabei nicht ausschließlich auf die Prognosedaten zur Entwicklung der entsprechenden Altersgruppen in den Schuleinzugsgebieten stützen. Sie bedarf vielmehr einer umfassenden sozialräumlichen Analyse der jeweiligen Schulstandorte im Hinblick auf ihre bereits vorhandenen oder noch zu entwickelnden Potenziale für eine gemeinwesenorientierte regionale Entwicklung.

Die Ergebnisse des Bildungsmonitorings zeigen außerdem, dass sich die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren sich im Regionalverband Saarbrücken bis zum Jahr 2030 (bezogen auf das Basisjahr 2006) um knapp 20 Prozent verringern wird. Der Verlust von fast einem Fünftel der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung geht aufgrund des generellen Altersstrukturwandels einher mit einer steigenden Zahl von über 50-jährigen unter den verbleibenden Erwerbstätigen. Legt man die Status-quo-Variante, d. h. die Annahme einer gleichbleibenden Erwerbsbeteiligung über den betrachteten Zeitraum zugrunde, so wird demgegenüber die Zahl der jüngeren Erwerbstätigen ab dem Jahr 2012 kontinuierlich abnehmen. Im Verlauf der nächsten beiden

Jahrzehnte werden zudem die geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter eintreten, ohne dass ein Ausgleich durch den Eintritt jüngerer Altersgruppen in das Erwerbsleben stattfinden kann. Für die Zukunft bedeutet dies, dass dem Gelingen von Prozessen des Übergangsmanagements an den Schnittstellen der individuellen Bildungsbiografien eine herausragende Bedeutung zukommen wird.

Dies betrifft einerseits das Übergangsmanagement an der Schnittstelle Schule – Beruf und hier insbesondere die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Da immer weniger jüngere Altersgruppen für den Eintritt in das Erwerbsleben zur Verfügung stehen, steigt die strukturpolitische Notwendigkeit, die verbleibenden Jugendlichen möglichst erfolgreich in den Ausbildungs- und daran anschließend in den Erwerbsarbeitsmarkt zu integrieren. Ein in der Vergangenheit häufig vernachlässigtes Entwicklungspotenzial ist dabei vor allem in der vergleichsweise günstigen Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu sehen. Gerade diesen Jugendlichen müssen verstärkt Wege auch in die höherwertigen Ausbildungsbereiche eröffnet werden, wenn es in Zukunft noch gelingen soll, ein adäquates Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften in der Region bereitzustellen.

Andererseits gewinnt aufgrund der demografischen Entwicklung das Übergangsmanagement von der Erwerbsarbeit in die nachberufliche Lebensphase an Bedeutung. Selbst bei Annahme einer insgesamt steigenden Erwerbsbeteiligung (sogenannte Primärvariante) werden die Anteile der über 50-jährigen Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen auf deutlich mehr als ein Drittel ansteigen. Diese Gruppe von Erwerbstätigen sieht sich sowohl mit einer verlängerten Lebensarbeitszeit als auch mit einer permanenten Verkürzung der sogenannten „Halbwertszeit von Wissen“ nicht nur in den höher qualifizierten Bereichen konfrontiert.

Entwicklung des Vorhabens: „Schule öffnen – Generationen verbinden“

Vor diesem Hintergrund geht die Stabsstelle Bildungsmanagement aus einer akteursorientierten Perspektive der konkreten Gestaltung von Bildungsprozessen in der Region von folgenden handlungsleitenden Prämissen aus:

Erstens nehmen wir an, dass vor dem Hintergrund der schwindenden Bedeutung traditioneller Sozialisationsagenturen für die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen das sozialstrukturelle Umfeld, in dem sie sich bewegen, an Bedeutung gewinnt. Für die erfolgreiche Bewältigung der schwierigen Phase auf dem Weg zum Erwachsensein dürfte es für heutige Jugendliche entscheidend sein, inwieweit sozialstrukturelle Ausgangslagen, familiäre Beziehungsgefüge, Gleichaltrigenbeziehungen wie auch Beziehungen zur älteren Generation und strukturelle Bedingungen in Schule und Beruf in den individuellen Lebensentwurf integriert und mit der eigenen Lebensplanung in Einklang gebracht werden können.

Zum Zweiten stellen wir fest, dass aufgrund der demografischen Entwicklung das Übergangsmanagement von der Erwerbsarbeit in die nachberufliche Lebensphase an Bedeutung gewinnt. Die allseits vorgetragene Forderung nach „lebenslangem Lernen“ gewinnt quantitativ wie qualitativ eine neue Dimension. Ihre Umsetzung in praxisnahe und praktikable Konzepte einer Weiterqualifizierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (wie auch Selbstständiger und Freiberuflerinnen und Freiberufler) wird neben der Entwicklung von altersgerechten Übergangsmustern (Altersteilzeit, Senior-Partnership, Senior-Coaching etc.) die Qualität des Arbeitskräfteangebots in der Region zukünftig maßgeblich mitbestimmen.

Zum Dritten postulieren wir, dass eine Schulentwicklungsplanung, die sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellt, nicht umhin kommt, das eigene Selbstverständnis kritisch zu hinterfragen. Denn die dramatisch einbrechenden Schülerzahlen insbesondere im Sekundarbereich bei gleichzeitig desolater Haushaltslage der Kommunen und des Landes werden über kurz oder lang die Frage nach der Existenzberechtigung einzelner Standorte aufwerfen. Die Erhaltung dieser Standorte wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, innerhalb der Schulen Angebotserweiterungen und Funktionsverlagerungen zu etablieren und eine Öffnung der Schule in ihren Sozialraum zu erreichen.

Die genannten drei Aspekte möchten wir im Sinne einer Erweiterung des Angebots an zwei Schulstandorten in Trägerschaft des Regio-

nalverbandes Saarbrücken experimentell verbinden. Zielsetzung des Vorhabens ist dabei die Erarbeitung konzeptioneller Grundlagen für den Aufbau generationenübergreifender Nutzungsformen von Schulstandorten. In diesem Kontext sollen innovative Maßnahmen der Bildung, Weiterbildung und Beratung entwickelt werden, die die Anpassung an die Rahmenbedingungen des demografischen Wandels verfolgen. Ein weiteres Anliegen des Vorhabens besteht in der Förderung interkommunaler Zusammenarbeit im Rahmen der Entwicklung einer regionalen Bildungslandschaft.

Neben der Vermittlung der fachlichen Inhalte soll das gemeinsame Lernen dazu beitragen, Vorurteile und Hemmungen abzubauen. Alte wie junge Menschen sollen erfahren, dass alle beteiligten Generationen voneinander profitieren können und dass die Rolle des Lernenden keineswegs ein generationsspezifisches Attribut der Jüngeren ist. Durch Austausch und Interaktion im Prozess des gemeinsamen Lernens verbessert sich das gegenseitige Verständnis für die jeweils andere Lebenssituation.

Eine Öffnung des schulischen Angebots soll konkret vor allem für die Seniorenbildung auf zwei Wegen erfolgen. Zum einen sollen spezifische, auf die besonderen Bildungsbedarfe von älteren Menschen abgestimmte Qualifizierungs- und Beratungsmodule modellhaft entwickelt und erprobt werden. Zum anderen soll intergenerationelles Lernen im Rahmen des bereits vorhandenen Angebots ermöglicht und methodisch-didaktisch begleitet werden, um Wahrnehmungs- und Erfahrungsschranken zwischen den Generationen abzubauen. Ein besonderes Augenmerk dieser Maßnahme gilt dabei den Bedarfen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Methodische Vorbereitung des Vorhabens „Schule öffnen – Generationen verbinden“

Um konkrete Bedarfe und Chancen, aber auch mögliche Hemmnisse und Barrieren intergenerationellen Lernens bereits im Vorfeld des Vorhabens zu identifizieren, wurde an zwei Schulstandorten eine Befragung von Lehrerinnen und Lehrern, Kindern und Jugendlichen sowie Seniorinnen und Senioren durchgeführt.

Die Befragungen der drei verschiedenen Zielgruppen wurden als teilstandardisierte leitfadengestützte Interviews angelegt. Wir

wählten diesen methodischen Zugang, um sowohl dem Expertenstatus des jeweiligen Gegenübers „in eigener Sache“ gerecht zu werden – d. h. die Situationsdefinition der Befragten, ihre Strukturierung des Gegenstandes und ihre Bewertungen zu erfassen – als auch das thematisch notwendigerweise begrenzte Interesse unseres Forschungsanliegens zu strukturieren.

Der gewählte Ansatz erlaubte einerseits, den Gegenstand der Befragung im Vorfeld so zu strukturieren, dass eine quantitative Darstellung und Vergleichbarkeit der Befragungsergebnisse sehr unterschiedlicher Zielgruppen gewährleistet werden konnte. Andererseits ermöglichte die offene Form des Leitfadens den Befragten aber auch, ihre persönlichen Vorstellungen und Sichtweisen in die Befragung einzubringen.

Eine weitere methodische Zielsetzung bestand darin, die Erhebungsinstrumente möglichst genau auf die Gegebenheiten vor Ort zuzuschneiden und gleichzeitig möglichst authentische Aussagen der Befragten zu erhalten. Deshalb fügten wir fast allen Fragebatterien eine Kategorie „sonstige“ an, um die Befragten jeweils zu ermutigen, auch eigene Vorstellungen und Anmerkungen zu formulieren.

Die Leitfäden wurden im Hinblick auf die Komplexität der Fragestellungen wie auch hinsichtlich der verwendeten Sprache unter Berücksichtigung einer möglichst zielgruppengerechten Ansprache entwickelt. Es wurden insgesamt 31 Interviews an der Grundschule Kirchberg in Saarbrücken Malstatt und an der Erweiterten Realschule in Großrosseln (Robert-Schumann-Schule) durchgeführt. Die Verteilung der Interviews auf die einzelnen Zielgruppen und Standorte zeigt Übersicht 2.

Die Interviews mit den erwachsenen Befragten dauerten jeweils etwa eine Stunde, die Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen zwischen 30 und 60 Minuten. Den Interviews der Kinder und Jugendlichen ging in allen Fällen eine schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten voraus. Die Erhebungsinstrumente umfassen für Lehrpersonal und Seniorinnen und Senioren jeweils 15 Fragebatterien zu den folgenden Themenbereichen: allgemeine Einstellung zu Bildung und Lernen im Lebenslauf, Erfahrungen mit

Durchgeführte Befragungen nach Zielgruppen und Standorten

	Grundschule Kirchberg	Erweiterte Realschule Großrosseln	gesamt
Lehrer/-innen	5	6	11
Kinder/Jugendliche	5	5	10
Seniorinnen u. Senioren	5	5	10
	15	16	31

intergenerationellem Lernen, Einschätzung zum Wohnumfeld/Schulstandort, Einschätzung zur Bedeutung sprachlicher Kompetenzen für den Lern- und Projekterfolg, Einschätzung des Nutzens intergenerationeller Lernprojekte für die verschiedenen Akteure/Lernwünsche sowie mögliche Themen und Projektfelder intergenerationellen Lernens. Die Leitfäden für die Befragung der Kinder und Jugendlichen waren insgesamt offener gestaltet und weniger an der Vorgabe von Antwortkategorien orientiert. Alle Gespräche wurden mit dem Einverständnis der Befragten auf Band aufgezeichnet und im Anschluss anhand eines Auswertungsrasters verschriftlicht. Die Antworten auf die offenen Fragen wurden anhand eines Rasters nachträglich kategorisiert. Die Auswertung der Befragung erfolgte in anonymisierter Form. Sofern wörtliche Zitate verwendet wurden, sind diese nach einem den Autoren und Autorinnen bekannten Schlüssel abgelegt und können nicht einzelnen Personen zugeordnet werden.

Die Interviews lieferten uns wertvolle Hinweise für das Verständnis der spezifischen Bedingungen an den einzelnen für das Projektvorhaben vorgesehenen Standorten und damit für eine entsprechende, auf die konkreten Verhältnisse zugeschnittene Konstruktion des weiteren Projektdesigns.

Landeshauptstadt München Inklusion: Eine offene Frage des kommunalen Bildungsmonitorings

Aus den aktuellen Entwicklungen im Bildungssystem ergeben sich neue, vielfältige Fragestellungen, die ein weitergehendes Erkenntnisinteresse mit sich bringen.

Die Kommunen sind mit neuen Aufgaben und Anforderungen betraut, die nicht ohne eine solide Datengrundlage aus dem

Übersicht 2:
Quelle: Stabsstelle Bildungsmanagement 2011



Fallbeispiel München

Bildungsmonitoring bearbeitet bzw. umgesetzt werden können. Für die kommunale Steuerung sind insbesondere Daten von Belang, die durch das kommunale Bildungsmonitoring abgebildet werden können. Die bundesweite Grundlage hierfür ist der „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“.

Im Rahmen der Entwicklungsgruppenarbeit ergaben sich Themen- und Fragestellungen, die durch neue Indikatoren und Methoden, neben den bereits bestehenden Kennzahlen aus dem Anwendungsleitfaden, noch detaillierter beleuchtet werden könnten und müssten. Ein Beispiel ist das Thema Inklusion: Menschen mit Behinderungen dürfen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Dies bedeutet insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, dass diese am unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht teilnehmen und die Möglichkeit haben sollten, eine weiterführende Schule zu besuchen.

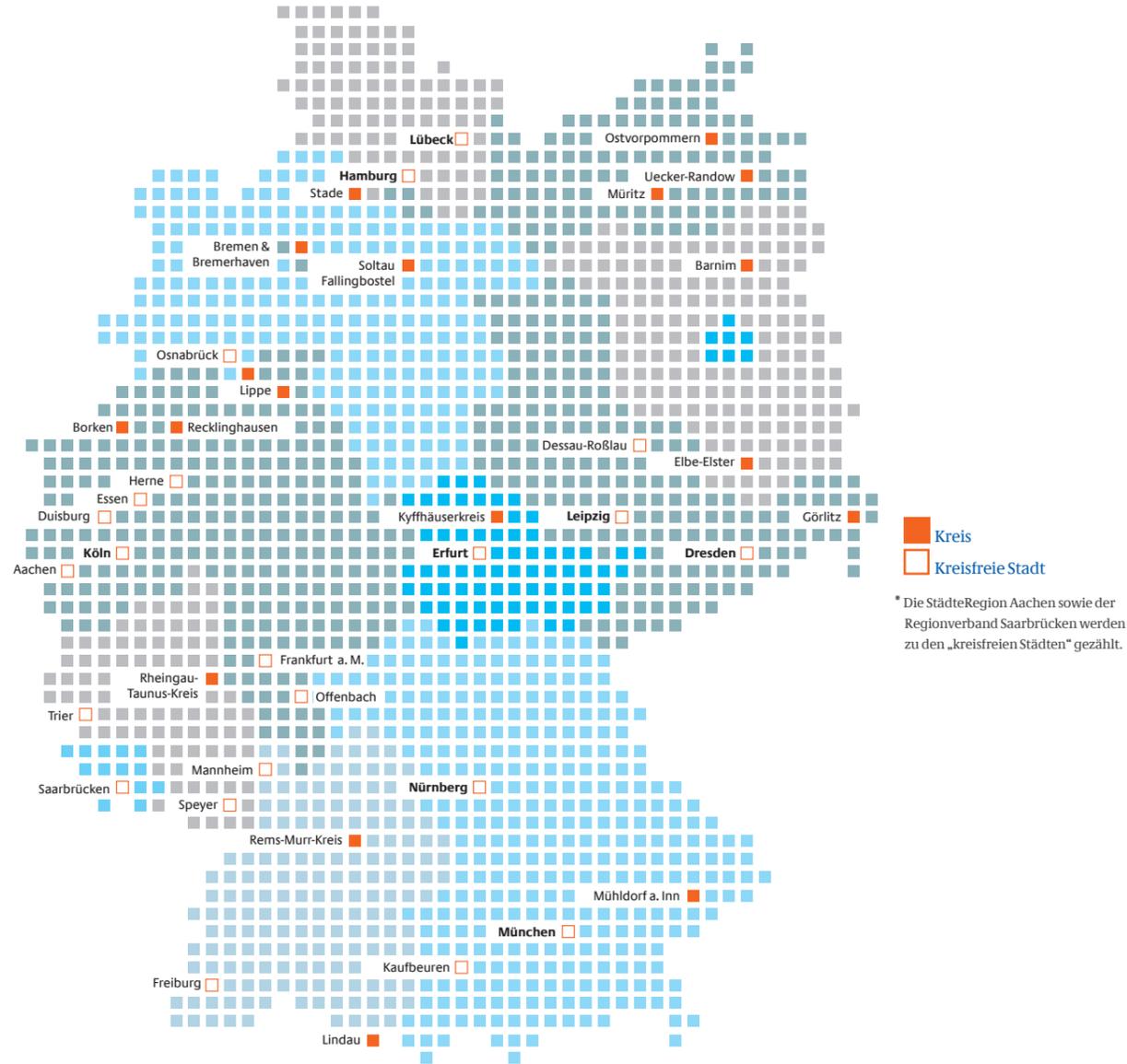
Die 2009 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention verlangt die Umsetzung im deutschen Bildungssystem. Um die damit verbundenen Veränderungen erfolgreich zu gestalten, ist unter anderem eine solide Datengrundlage erforderlich. Für einen kommunalen Schulträger wie München sind in diesem Zusammenhang verschiedene Aspekte von besonderer Bedeutung, so z. B. der Anteil der behinderten oder von Behinderung bedrohten Schülerinnen und Schüler der städtischen Schulen, ihr jeweiliger Förderbedarf sowie der Betreuungsschlüssel.

Darüber hinaus ist für die Kommune als Sachaufwandsträger die vorhandene bzw. erforderliche pädagogische und bauliche Infrastruktur von Interesse, so z. B. die Ausstattung mit speziellen Hilfsgeräten, Sitzplätzen, Treppensteighilfen, behindertengerechten Toiletten etc.. Mit dem Thema Inklusion verbindet sich dementsprechend ein umfangreicher kommunaler Datenbedarf. In diesem Kontext sind auch Erhebungsmethoden wie z. B. Experteninterviews eine Möglichkeit der Datengewinnung.

Verweise

- [1] Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings, Seite 8, Version Februar 2011
- [2] Das Kommunale Bündnis für Arbeit unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Kölner Wirtschafts- und Arbeitsmarktakteure, beschäftigt sich seit seiner Gründung mit der Ausbildungssituation der Jugendlichen in Köln. Im Rahmen dieses Handlungsfelds wurde von den Mitgliedern des Bündnisses die Notwendigkeit einer Kölner Ausbildungsberichterstattung erkannt und Ende 2005 beschlossen, eine bisher fehlende Analyse der Situation auf dem Ausbildungsmarkt vorzunehmen. Die regionalen Ausbildungsakteure nehmen die Berichte zum Anlass, Vorschläge zu Handlungsfeldern/-empfehlungen zu entwickeln.
- [3] Der im Rahmen von „Lernen vor Ort“ verfasste erste Kölner Bildungsbericht zum Aufbau eines umfassenden kommunalen Bildungsmonitorings wird voraussichtlich Ende 2011 erscheinen.
- [4] Es handelt sich hierbei um eine seit 2003 jährlich durchgeführte Onlinebefragung, deren Koordination bei der Bildungsberatung der Stadt Köln liegt. Befragt werden alle 10. Klassen der allgemeinbildenden Schulen mit Ausnahme eines Teils der Förderschulen und der Gymnasien. Im Zentrum dieser Befragung stehen die Wünsche und Vorhaben nach Abschluss der Klasse 10 sowie die Alternativen und geplanten Ausweichmöglichkeiten. Als Bestandteil des Berufswahlunterrichts erfasst die Befragung den Stand der Berufswahlvorbereitung und der Berufswahlentscheidung der Jugendlichen. Für weitere Informationen vgl. www.bildung.koeln.de.
- [5] Es handelt sich hierbei um eine kleinräumig repräsentative Bevölkerungsumfrage zu relevanten Themen des demografischen Wandels in Köln.
- [6] Es handelt sich hier um eine vom Rat der Stadt Köln in Auftrag gegebene Befragung von Personen mit Migrationshintergrund zu integrationsrelevanten Fragestellungen in vier ausgewählten Sozialräumen Kölns.
- [7] Diese von der RheinEnergieStiftung Köln geförderte und über drei Jahre angelegte Längsschnittstudie zielte auf eine Situationsanalyse für Kölner Schüler/-innen der Sekundarstufe II, um Bedarfe zu erfassen und eine Bewertung des aktuellen Angebots der Berufswahlorientierung zu geben. Für weitere Informationen vgl. Schmidt-Koddenberg; Zorn: (2010)
- [8] Diese von der RheinEnergieStiftung Köln geförderte Studie untersucht mittels quantitativer und qualitativer Verfahren Übergangsverläufe von Abgängerinnen und Abgängern Kölner Berufskollegs in Beschäftigung sowie deren Probleme und Motivationen während des Berufswahlprozesses. Für weitere Informationen vgl. Heuer; Schubert; Spieckermann: (2011)
- [9] Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Weiterentwicklung eines datenbasierten Übergangs- und Bildungsmanagements erfolgt dieses Vorhaben in enger Kooperation mit der Bildungsberatung der Stadt Köln, der „Stiftung Berufliche Bildung Köln“, einem Zusammenschluss aller Schulleitungen der 17 Berufskollegs der Stadt Köln sowie dem Kölner Übergangsmanagements „Schule – Beruf“, dem eine Kooperationsvereinbarung der Stadt Köln, der Bezirksregierung Köln und der Agentur für Arbeit Köln zugrunde liegt. Ferner wurden hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung der Befragung die relevanten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteure der Stadtgesellschaft, die Geschäftsstelle des Kommunales Bündnisses für Arbeit sowie das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln aktiv eingebunden.

Lernen vor Ort – die Landkarte



In der Entwicklungsgruppe 4 arbeiteten mit:

- Martha Rosenkranz (RV Saarbrücken)
- Yvonne Maier (München)
- Jan Schluckebier (RV Saarbrücken)
- Simone Mazari (Offenbach)
- Robert Aßmann (Lk Elbe-Elster)
- Almut Kriele (Städte Region Aachen)
- Sabine Brinkmann (Köln)
- Eva Schießl (München)
- Elke Beckedorf-Jaeger (Mühldorf a.I.)
- Heike Niemann (Bremen), Simon Ott (Bremen)
- Jan Sörnsen (Bremerhaven)
- Torsten Sniegs (Bremerhaven)
- Claudia Berge (Dessau-Roßlau)

- Andrea Bossert (Nürnberg)
- Claudia Bauer (Dessau-Roßlau)
- Wolfgang Brehmer (München)
- Katja Geerdes (Lübeck)
- Rudolf Genster (München)
- Beatrix Hahner (Lübeck)
- Sebastian Hilbert (Elbe-Elster)
- Antje Jahn (Dresden)
- Diana Löser (Duisburg)
- Ulrike Müller (Offenbach)
- Enrico Niemczewski (Uecker-Randow)
- Sandra Winkler (Kreis Görlitz)

Impressum

Herausgeber
 Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR)
 für das Bundesministerium für Bildung und Forschung
 Abteilung Bildungsforschung

Heinrich-Konen-Str.1
 53227 Bonn
 Telefon: 0228 3821 1322
 Telefax: 0228 3821 1323
 E-Mail: lernen-vor-ort@dlr.de

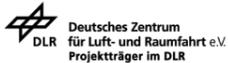
www.lernen-vor-ort.info

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die zu den einzelnen Beiträgen genannten Autorinnen und Autoren.
 Das Programm „Lernen vor Ort - Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen“ wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Fotos / Abbildungen
 PT-DLR und Projektnehmer im Rahmen des Programms, außer:
 Titelfoto: www.dreamstime.com

Druck
 FIRMENGRUPPE APPL
 aprinta druck GmbH
 Senefelderstraße 3-11
 86650 Wemding

Satz/ Layout
 HELLIWOOD media & education im fjs e.V.
 Marchlewskistraße 27
 10243 Berlin
www.helliwood.de



Lernen vor Ort

40 Modellkommunen aus 15 Bundesländern mit mehr als 140 Stiftungen

Das Programm „Lernen vor Ort“ ist zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit über 140 deutschen Stiftungen, die sich in Grund- und Themenpatenschaften vor Ort engagieren, umgesetzt. 40 Kommunen entwickeln ein integriertes datengestütztes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene, das alle für das Handlungsfeld Bildung vor Ort relevanten Akteure einbezieht und zur systematischen Verbesserung der Angebotsstruktur in den beteiligten Kommunen beiträgt. Ziel ist die nachhaltige Entwicklung eines ganzheitlichen lokalen Bildungswesens, das allen Bürgerinnen und Bürgern bildungsbereichs- und lebensphasenübergreifend ermöglicht, ihre Bildungsbiografien erfolgreicher zu gestalten.

Programmstelle „Lernen vor Ort“

beim Projektträger im Deutschen Zentrum
für Luft- und Raumfahrt e. V. (PT-DLR)
für das Bundesministerium
für Bildung und Forschung

Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn

Telefon: 0228 38211322
Telefax: 0228 38211323
E-Mail: Lernen-vor-Ort@dlr.de

www.lernen-vor-ort.info

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

